

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. August 1920

Zugabe: Preis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzugabe 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 90

### „Praktische Arbeit“ ist die Parole!

Wer in der gegenwärtigen Zeit viel an Arbeiterverfammlungen — politischen sowohl wie gewerkschaftlichen — teilnimmt, muß immer und immer wieder zu seinem Leidwesen die Wahrnehmung machen, daß es Mißbrauch geworden ist, sich gegenseitig verachtet oder offen den Kopf gründlich zu waschen. Nach guten Vorträgen hört man in der Ansprache darüber nur selten auf hoher Stufe stehende, von tiefgründigem Wissen Zeugnis ablegende Ausführungen. Die letzten Lebensbedingungen haben eine weltfremde Anspielbarkeit hervorgerufen, was nur zu begreiflich ist, denn schon allzu lange mühen wir uns, entbehrten, hungern, während wir gleichzeitig leben, wie andre im Überflusse schwelgen und schlummern.

Unter diesen und ähnlichen Umständen selbst der Verfammlungsbesuch ungenießbar. Viele erklären, keine Lust zu haben, sich solchen „Quasch“ anzuhören und dafür noch die hohen Preise für Getränke zu zahlen, wo man ohnehin schon keinen Pfennig mehr übrig hat.

Sier muß Wandel eintreten! Für diejenigen, die ein bloßes Klerik in das wirtschaftliche Getriebe und in die nationalökonomischen Verhältnisse Deutschlands einbringen sind, erklären sich die geschickten Zustände ohne weiteres: Die arbeitenden Kreise haben von der Revolution eben mehr augenblickliche Wirkung auf Besserstellung der Existenzbedingungen erwartet, als in Wirklichkeit eingetreten ist und eintreten könnte! Noch allzu sehr stehen wir mit unsern Anschauungen in dem Vorkriegsraume, also in der Zeit, wo unser Land reich war und alles im Überflusse zur Verfügung stand. Heute sind wir Angehörige eines der ärmsten Länder! Was muß weiter als bisher geschieden berücksichtigt werden.

Nur durch eigene Kraft können wir uns wieder hochziehen! Bescheidenheit wird dies, wenn wir endlich erkennen lernen, daß Einigkeit dazu das Hauptverlangen ist. Die in den politischen Arbeiterparteien vorhandenen Gegensätze würden verschwinden, zumindest aber stark eingeschränkt werden, wenn alle Berufsleute von dem ernstlichen und einzigen Bestreben beseelt wären, der Arbeiterklasse wirklich über die große, unbefriedigbar vorhandene Notlage hinwegzuhelfen, und zwar möglichst schnell hinwegzuhelfen. Theorie und Praxis waren schon immer zweierlei. Schließlich muß ja jede Partei mit Wasser kochen. Die Geschicknisse im Metallarbeiterverband beweisen es zur Genüge.

Vor allem sollten wir Buchdrucker es vermeiden, daß in unsern Versammlungen der Streit der politischen Parteien oder sonstiger Richtungsstreit breit macht. Wer sich politisch betätigen will, soll in die Parteiverfammlungen gehen; dort ist der Platz, den politischen Meinungsstreit auszutragen. Die Gewerkschaften können sich diesen Luxus nicht gestatten, sie haben dringendere Aufgaben zu erfüllen.

Uns Buchdruckern stehen für die nächsten Wochen und Monate ja große Aufgaben bevor. In Nürnberg wurde gute, erprobte Arbeit geleistet, wenn auch die „Regelung“ manchmal zu stark hervorragt. Durch die dort gefassten Beschlüsse ist unser Verband den neuen Zeitverhältnissen in welchem Maß angepaßt worden. Nun steht die Tarifrevision vor der Tür. Auch hier soll eine dem Zeitgeiste gerecht werdende Umkehrung eintreten. Wollen wir aber erreichen, daß unsere Willensbekundungen nicht bloße Wünsche bleiben, dann ist es nötig, daß wir einmütiger denn je zusammenhalten und dem Unternehmertum in unserm Gewerbe gegenüber eine so geschlossene Phalanx bilden wie noch niemals. Nur so wird es gelingen, daß unsere Anträge in die Tat umgesetzt werden können. Es muß gelingen, daß unser fleißig erworbener Beruf uns wieder nährt.

Die Prinzipale arbeiten ernstlich an der vorbereitenden Arbeit unserer Bestrebungen. Ein Studium der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ gibt darüber Aufklärung. Unsere Tarifvertreter müssen wissen, daß sie die gesamte Kollegenchaft hinter sich haben, dadurch wird ihre Position wesentlich gestärkt. Sankt wird der Kampf werden, aber er ist nicht aussichtslos für uns, wenn wir einmütig bezeugen, daß wir den Ernst der Zeit erfasst haben.

Darum, Kollegen, rafft euch auf und seid einig in dem Ziele zur Hebung unser Lebenslage. Unsere Arbeitskraft ist unser einziger Besitz. Dieser soll so vermerkt werden, daß auch wir vom Leben mehr Sonne und Licht bekommen. Steht mehr in die Versammlungen, tretet dort alle durch Rede und Abstimmung mit eurer Meinung heraus und arbeitet in allem freudig und zweckbewußt mit! Aber bedenkt stets, daß praktische Arbeit die Parole ist.

Georg Köhner.

### Zur Tarifberatung

#### Die Nacht- und Sonntagsarbeit

Wird einen nicht unwesentlichen Punkt der Tagesordnung bei den Tarifberatungen einnehmen.

Zur Nachtarbeit ist durch die verschiedensten Beratungen festgestellt, daß wohl, infolge der Doppelschichten an den verschiedensten Maschinenystemen, an eine völlige Beseitigung der Nachtarbeit nicht zu denken ist. Aber doch kann man den Nachtarbeitern neben Erhöhung ihrer Nachtaufsätze, die berechtigt sind durch die außergewöhnliche bzw. feiner Lebensweise und stärkere Abnutzung der Körperkraft, vom idealen und menschlichen Standpunkt eine Erleichterung gewähren.

Ich denke hierbei an die Arbeitszeit. Jeder Nachtarbeiter fühlt, was er geleistet hat, wenn er nach durchgehender achtkündiger Arbeitszeit seinen Feierabend hat. Er wird nach mehrjähriger Nachtarbeit auch fühlen, wie „wohl“ sie ihm getan hat. Bei einigen Nachtarbeitern ist schon jetzt eine Begrenzung der Arbeitszeit eingetreten. Wo das noch nicht ist, müssen tarifliche Bestimmungen dafür sorgen, daß die Arbeitszeit der Nachtarbeiter eine Verkürzung erfährt. In den letzten abgeschlossenen Tarifverträgen unserer Nachbarländer hat man bei der Unternehmerschaft des graphischen Gewerbes in dieser Beziehung größeres soziales Verständnis gezeigt als bei uns im freien republikanischen Deutschland. Gerade in unserm graphischen Gewerbe besteht auf Grund der Arbeitslosigkeit die Berechtigung für Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit. Sollten unsere Schiffsvertreter diese allgemeine Verkürzung nicht durchsetzen können, so müßte diese Verkürzung im besondern doch für Nachtarbeiter erreicht werden, da aus den verschiedensten Gründen hierfür eine Berechtigung vorliegt. Besteht doch die Tatsache, daß in vielen Nachbarländern die Arbeitszeit der Nachtarbeiter nur sieben Stunden bzw. noch weniger beträgt.

Auch die Sonntagsarbeit bewegt stark die Gemüter und ist bereits von unsern Schiffsvertretern aufgegriffen worden, um eine neue Regelung hierüber herbeizuführen. Es wird schwer sein, eine gänzliche Beseitigung zu erreichen ohne einschneidende Wirkungen für die Kollegenchaft betreffs Arbeitslosigkeit. Ich denke hierbei an das mehrmalige Ercheitern der Tageszeitungen. Doch auch dieser Umstand wird eventuell überwunden werden können.

Was aber viele Kollegen nicht verstehen können, ist die Forderung der Beseitigung der sogenannten Sonntagsarbeit um jeden Preis, ohne zu bedenken, ob die Vorteile die Nachteile aufwiegen. Durch die Befreiung von der Sonntagsarbeit ist es vielen Kollegen des Kreises II in den einzelnen Betrieben gelungen, durch ihre weitere Bereitwilligkeit zur Sonntagsarbeit auch ein Entgegenkommen der Prinzipale zu erringen insoweit, daß bei weiterer Leistung der Sonntagsarbeit den Kollegen verkürzte Nacht- und Sonntagsarbeit bei voller bisheriger Bezahlung zugestanden wurde. Diese Vergünstigungen würden fallen bei Beseitigung der Arbeit an den Sonntagen. Die Montaggrüßnummer würde folgerichtig auf den Sonntagmorgen verlegt. Unstuf in der Nacht von Sonntag auf Montag, muß dann eventuell von Sonnabend auf Sonntag, vielleicht sogar bis in den Sonntagmorgen hinein, gearbeitet werden. Ob unter diesen Umständen die Kollegenchaft vom sonntäglichen Ruhestand mehr hat, darüber werden die Meinungen wohl sehr verschieden sein. Bei Behandlung dieser Frage soll man gründliche Remedur schaffen, wenn der Kollegenchaft gebient werden soll. Das kann nur dann geschehen, wenn die 36kündige Sonntagsruhe zur Durchführung gelangt, d. h. von Sonnabendabend 6 Uhr bis Montagfrüh 6 Uhr. Ist dieses Ziel nicht zu erreichen, so sollte man auch Halbtagen beseitigen, die der Kollegenchaft mehr Nachteile als Vorteile bringen.

Sellenkirch.

S. Lohmann.

### Volkswirtschaft

#### Politik und Wirtschaft

I.

Ein besonders geschickter Mann soll einmal gesagt haben, Politik sei die Kunst des Möglichen. Er wollte damit sagen, daß derjenige der beste Politiker sei, der immer nur das zu erreichen sucht, was möglich ist, und

dementsprechend kein ganzes Lun und Lassen einrichtet. Damit ist angebeutelt, daß alle Politik nicht unabhängig, sondern sehr stark abhängig von allen Möglichkeiten ist. Wenn man nur stets genau wächte, was alles möglich ist, so könnte man sich wenigstens ungefähr ein Bild davon machen, was Politik eigentlich bedeutet. In den Wörterbüchern findet man den Begriff Politik als Staatskunst und als Weltkunst erläutert, ohne jedoch dadurch besonders klüger zu werden. Wir wollen daher diesem Problem lieber von einer weniger gelehrten, sondern mehr praktischen Seite her auf den Leib rücken, und zwar deshalb, weil es uns nötig und nicht nur möglich erscheint. Dazu bedarf es gar keiner großen geistigen Vorbereitungen, am allerwenigsten in der Gegenwart. Denn jeden Morgen, in aller Herrgottsfröhe schon, wenn man z. B. seine Strümpfe anziehen will, und an deren gestopften Stellen zunächst an die eigne besetzte Wirtschaft, dann als weiterdenkender Mensch an die auf den Hund gekommene Volks- oder Weltwirtschaft zu denken genötigt wird, so fühlt man sich ganz von selbst dazu gedrängt, in allen solchen Störungen des persönlichen Wohlbefindens und Behagens die Früchte einer ganz verkehrten Politik zu erblicken. Dieser Gedankengang dürfte sich wohl allfänglich in millionenfacher Auflage für die Erfassung der sogenannten Kunst des Möglichen bewähren. Gleich wie man am Barometer die Wetterlage ablesen kann, also ergibt sich aus dem Stande der Wirtschaft das Wesen, der Wert, die Bedeutung, die Notwendigkeit, die Richtigkeit oder Verheertheit der Politik. In ihren Früchten soll ihr die Erkenntnis!

Nehmen wir unser geistiges Blickfeld über unsere eigene Behausung, Bekleidung, geistige wie körperliche Nahrung, Freiheit oder Unfreiheit hinaus auf das große Ganze der Gegenwart wie der Vergangenheit, so finden wir, daß je üppiger die Politik in die Salme gewachsen, um so spärlicher jeweils die wirtschaftliche Ernte geworden ist. Die Politik als die „Kunst des Möglichen“ hat uns so nach und nach an den Weltkaff gebracht, weil dabei die „Kunst des Möglichen“, unter der wir die Wirtschaft allgemein verstehen, unter den Schritten der Politiker kam. Ohne uns daher auf weitere Definitionen über die Begriffe Politik und Wirtschaft einzulassen, möchten wir nur noch feststellen, daß unser ganzes Studium der politischen Literatur zu der Erkenntnis geführt hat, daß der erste Politiker unter den Menschen in jenem Subjekt zu suchen ist, das es als erstes verstanden hat, andre für sich allein arbeiten zu lassen oder für sich zur Arbeit zu zwingen. Je mehr dieser Urahn oder Urian aller Politiker Spielzeuge und Nachahmer fand, desto komplizierter und verwickelter wurde die menschliche Wirtschaft. Man mag die dicksten Bücher über Politik oder Wirtschaft durchblättern, die meisten von ihnen sind nur geschrieben, um diese Tatsachen zu verwischen oder zu beschönigen, die wenigsten, um sie zu bekämpfen. Das Geheimnis aller Politik scheint zu sein, das schon Goethe seinen Direktor im Vorspiele des „Faust“ mit den Worten andeuten ließ: „Sucht nur die Menschen zu verwirren, sie zu betriegen ist schwer.“ Es wird daher allerhöchste Zeit, daß wir uns von dem Irwisch alles Möglichen, d. h. der Politik, nicht mehr länger an der Nase herumführen lassen, und uns um so mehr mit dem beschäftigen, was nötig ist, d. h. mit der Wirtschaft.

Schon in Nr. 78 des „Korr.“ wurde in dem Vorkaff: „Die einzige Rettung“ die fröherige Maske der modernen nationalen wie internationalen „hohen Politik“ durch eine gedrängte Darstellung der nach apostrophischen (jedem Mittel benutzenden) Schiebungen und Diktaten von Breß-Likowsk, Versailles, Spa usw. geküßelt. Es wurde unter Gegenüberstellung der wahren Gegensätze auf der politischen Bühne nachgewiesen, daß der ganze Streik sich gegen Ende nur um die Füllerkäpfe des Privatkapitalismus auf Kosten der Arbeiterchaft aller Länder dreht. Wir haben festgestellt, daß die meisten Staatsmänner der Großmächte der Welt als Strapen oder Sölllinge des internationalen Privatkapitalismus schneller dem Zusammenbruch ihrer Politik zuffeuern werden, je geschlossener und einheitslicher sich ihnen die natürliche Großmacht der menschlichen Arbeit, die organisierte Arbeiterchaft, gegenüberstellt. Noch nicht ganz vier Wochen sind letzter ins Land gegangen und die Entwicklung hat unsere Darlegungen bestätigt. Im Offen zerbröckelt die bisherige „politische Wirtschaft“ infolge politischer Überreizung nationaler Instinkte. Und im Westen ist der französische „Elan“ drauf und dran, sich aus politisch-kapitalistischen Gründen in die politische Konkursmasse stürzen zu wollen. Und von den ganzen Verhandlungen in Versailles und Spa

dürfte der einzige Nutzen für das deutsche Volk wohl der sein, daß durch sie den deutschen Judenbürgern, Galls und Süßwäldern das Konzept gründlich verdröben würde. Denn andernfalls wären wir wahrscheinlich schon längst wieder in den Wahlhinslagen der ehemaligen Kriegesberichte von Sowmo, Warschau und so mitsamang. Das bekannte Grogzeln mit den letzten Mägen der Reichswehrkompagne bei der ominösen Flaggensparade auf dem Pariser Platz in Berlin war ja auch nichts andres als die politische Preisprüfung eines Leunants des alten Gills, der frei nach Ogenikerna immer noch mit wenig Weisheit die Welt regieren möchte. Daß die von der „Grande nation“ geforderte Bestrafung dieses „Seiden“ nun sogar den Völkerverbundrat beschuldigen muß und außerdem eine „sehr ernste Lage“ für Deutschland geschaffen haben soll, beweist die immer noch vorhandene Macht des Geklers-Süßes und die Ohnmacht der Regierung im deutschen Vaterlande; obwohl gerade diese das deutsche Volk an den Abgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz gebracht hat.

Daß in einem solchen Irzgarten alles Möglichen Deutschlands letzte Rettung nur noch im Schöße seiner Arbeiterschaft liegen kann, sollte zwar nach allen bisher aufgeschauten Bankrottsbüchern der privatkapitalistischen Politik und Wirtschaft keinem Zweifel mehr unterliegen. Aber leider hat sowohl die bürgerliche wie materialistische Geschichtsliteratur und geistige Aufklärung diese einfache und nackte Wahrheit immer noch zu verulken gewußt. Auf der sogenannten idealen Seite geschah und geschieht diese Verfehlung auch heute noch aus mehr wirtschaftlichen Gründen, d. h. Gründen der Selbsthaltung, und auf der Seite starrer Dogmengläubiger und Anhänger einer falsch verstandenen materialistischen Geschichtsauffassung mehr aus politischen, d. h. theoretischen Gründen, um ihre Behauptung von der Schöpferkraft alles Materielle nur um so auffällender zu mißbräutieren. Während die letzteren in der Eroberung der politischen Macht das Allheilmittel sehen, klammern sich deren Gegner an die wirtschaftliche Macht, spielen mit der Politik Fangball und werden dabei immer fester und dreister. Was wiederum nur beweist, daß die Politik der natürliche Widersacher jeder vernünftigen Wirtschaft ist. Es kann daher auch nicht wundernehmen, daß die Nachwehen von Spa in Deutschland ganz merkwürdige Erscheinungen ausgelöst haben. Erscheinungen, die anerkannte Wirtschaftsprüfer zu Politikern und kunstgerechte Politiker zu Wirtschaftsstrategen umformten; wie dies z. B. die Verhandlungen über das Diktat von Spa im Reichswirtschaftsrat, im Reichstag, unter den Bergarbeitern usw. ergaben, worauf wir nachstehend einige Schlaglichter fallen lassen möchten.

Der deutsche vorläufige Reichswirtschaftsrat, über dessen verfassungsmäßige Grundlagen und Aufgaben wir uns schon in Nr. 22 in einem besonderen Artikel geäußert haben, nahm am 22. und 24. Juli den Bericht der deutschen Reichsregierung über die Verhandlungen in Spa zur Kenntnis und hatte in erster Linie zu dem sogenannten Kohlenabkommen aufschlüssig Stellung zu nehmen. Aus politischen Kreisen waren von vornherein Bedenken dagegen erhoben worden, daß die Regierung zuerst an dieser Stelle „Redenshaft“ ablegen wollte und nicht dem Reichstag, also dem politischen Parlament, in erster Linie den Vorkurs lassen wollte. Diese Bedenken wurden aber gleich bei Eröffnung der Tagung des Reichswirtschaftsrats dadurch zerstreut, daß der Vorsitzende (Präsident Eder v. Braun) betonte, dem Reichswirtschaftsrat stehe nur das Recht fachlicher Äußerung zu, die dann dem Reichstag als Unterlage für seine politische Entscheidung dienen könne. Der weitere Verlauf der Verhandlungen ergab jedoch, daß diese im Reichswirtschaftsrat einen stark politischen Charakter annehmen, und daß der Reichstag nachträglich das Gutachten des Reichswirtschaftsrats zum größten Teil als gar nicht vorhanden behandelte. Gleich der erste Vertreter der Regierung, Reichswirtschaftsminister Scholz, gestand von vornherein, daß es ihm lieber wäre, wenn er den Maßnahmen der deutschen Regierung in Spa als Kritiker und nicht als Teilnehmer gegenüberstehen könnte. Er erzählte dann eifrig von schlechter Einquartierung der deutschen Vertreter in Spa, zeigte sich sehr ungehalten über einen unfreundlichen Apobeker in Spa, weil dieser einem Mitglied der deutschen Delegation ein notwendiges Hilfsmittel verweigerte. Er suchte mit solchen kleintlichen Einzelheiten die psychische Veranlagung der Gegner Deutschlands in Spa sowie deren Diktat verständiglich zu machen. Dann erst ging er auf Einzelheiten der Verhandlungen in Spa und deren unerfreuliche Resultate ein. Wir glauben auf eine Wiedergabe dieses bezügl. Einzelheiten verzichten zu können, da darüber in der ganzen Tagespresse schon ausführlich berichtet wurde und daher auch den Lesern des „Korr.“ in der Hauptsache noch in Erinnerung sein dürften. Hier handelt es sich in erster Linie darum, die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft klarzustellen. Und in diesem Sinn ist zu beachten, daß der Reichswirtschaftsminister Scholz die einzigen Möglichkeiten zur Erfüllung des Vertrags nur in einer außerordentlich starken Vergrößerung der deutschen Kohlenproduktion, ferner in einer Entschärfung der Kohle aus der deutschen Volkswirtschaft erblicken konnte. Die Erfüllung des Abkommens sei daher in erster Linie eine Arbeiterfrage; sie werde nur durchgeführt werden können, wenn „unsere Arbeiterschaft letzten Willens an sie herantret.“ Dafür soll eine möglichst starke und sofortige Besserung der Ernährungsverhältnisse im Bergbaugewerbe eintreten. Auf dem Verhandlungswege soll der gute Wille der Arbeiter zur Rettung von Überflüssen wieder aufgerufen werden. Unter Mitwirkung von Arbeiterkreisen soll eine Umänderung der Kohlenverteilungsorganisation stattfinden. Die Industrie soll umgestellt und teilweise zusammengelegt werden, um Erpa-

nisse in der Kohlenwirtschaft zu erzielen. In die gleiche Kerbe blieb auch der Reichsarbeitsminister Brauns. Er betonte die Lösung der Kohlenfrage als ein Problem der Erzeugung und Verteilung, wobei die menschliche Arbeitsleistung den Hauptfaktor spiele. Er vertraut auf die entsprechende Einsicht der Bergarbeiter und betonte gleichzeitig die Notwendigkeit einer Hebung der technischen Einrichtungen des Bergbaues, desgleichen einer entsprechenden Umstellung der Betriebsorganisation. Der Reichsernährungsminister Hermes hob die zugelegte Mißbilligung der Ernährungsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter hervor, was durch menschliche Vorurteile der Illustrierten herbeigeführt werden soll. Wichtig war seine grundsätzliche Feststellung, daß das Spa-Abkommen uns die Möglichkeit einer weltlichen Erleichterung der Ernährung biete, und zwar nicht nur durch einen günstigeren Einkauf im Auslande, sondern auch durch eine damit ermöglichte Senkung der Preise. Die Aussprache über die Darlegungen der Regierungsvertreter wurde am zweiten Verhandlungstage durch den Vertreter des christlichen Bergarbeiterverbandes Smbusch eingeleitet, der die Möglichkeiten der Durchführung des Abkommens in ziemlich scharfer Weise erörterte und zu dem Schluß kam, daß den Bergarbeitern vor allen Dingen die Meinung genommen werden müsse, daß ihre Mehrarbeit dem Profit einzelner Kapitalisten zugute komme. Was werde aber nur durch die Sozialisierung des Kohlenbergbaues möglich sein. Sinnes, der starke Mann von Spa, war im Reichswirtschaftsrat auffallend kleinlaut. Er hielt die Durchführung des Abkommens für unmöglich und ließ durchblicken, daß er es lieber gesehen, wenn nicht unterzeichnet und das Ruhrgebiet von der Entente besetzt worden wäre. Er verlangte, daß namentlich die Bergarbeiter die Überarbeit in Permanenz erklären. Auch der Heimele Bergart Hilger bekannte sich als Gegner der Unterzeichnung des Abkommens. Dr. Walter Rathenau entpuppte sich gleichfalls mehr als „Politiker“ denn als Volkswirtschaftler. Er erklärte in breiter Weise die Vor- und Nachteile einer Besetzung des Ruhrgebietes und konnte sich anscheinend nur schwer damit abfinden, daß man den deutschen Gegnern der Unterzeichnung den Vorwurf fremdändlicher Gesinnung gemacht hat. Der ehemalige Reichswirtschaftsminister Wiffell trat unter Zurückweisung unbilliger Zumutungen an die Arbeiterschaft für eine sofortige planmäßige Ordnung der Wirtschaft, und zwar in der Produktion wie bei der Verteilung, ein; er unterstützte die Forderung der Bergarbeiter nach Sozialisierung des Kohlenbergbaues und wies mit Recht darauf hin, daß die Sozialisierung in der Arbeiterschaft alle schaffenden Kräfte entfessele und damit die Versorgung der Bevölkerung verbessert wird. Schließlich wurde nach längerem Hin und Her am Abend des zweiten Verhandlungstages eine lange Entschließung des wirtschaftlichen Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Vertreter der Wa, der Gewerkschaftsführer Huz, Sädell u. a. Die Kernpunkte des Gutachtens lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Das Kohlenabkommen von Spa, unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebietes erzwungen, bedeutet eine folgenschwere Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. Die Verhütung einer Inflation für Land und Volk erfordert eine sofortige starke Steigerung der Kohlenproduktion. Die dazu erforderlichen Anstrengungen der Bergarbeiter können bei den derzeitigen Ernährungsverhältnissen nicht geleistet werden. Eine nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnende Kohlenwirtschaft nach einer genauen Kenntnis und Einsicht der Bergarbeiter und Angehörigen in die Bergbauverhältnisse zur dringenden Notwendigkeit. Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues nimmt der Reichswirtschaftsrat Stellung, sobald der (am 1. September d. J. angekündigte) Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Zur Durchführung des Kohlenabkommens, das 900000 Tonnen Kohlen mehr als bisher erfordert, wird vorübergehende Überarbeit der Bergleute als unvermeidlich erklärt und soll im Einverständnis mit den Bergarbeitern durchgeführt werden. Die Lebenshaltung der Bergarbeiter, die Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und die Anstellung in den Bergbetrieben sollen auf schnellstem Wege gesteigert werden. In jedem Kohlenrevier soll eine paritätisch zusammengesetzte Kommission von Bergarbeitern und Unternehmern die Prüfung der Produktionsgrundlagen und -steigerung vornehmen; insbesondere hat diese Kommission auf gute Beschaffenheit der Kohle hinzuwirken. Die zukünftige Kohlenverteilung und -verwertung soll durchweg nach viel rationelleren Gesichtspunkten als bisher vor sich gehen. Braunkohle, Wasserkraft, Verkehrseinrichtungen, Wärmewirtschaft usw. sollen in erweiterter und einheitslicher Weise dem gesamten Produktionsprozeß dienstbar gemacht werden. Nach Annahme dieser Entschließung wurde die Sitzung des Reichswirtschaftsrats geschlossen. Die nächste Vollversammlung soll Ende August stattfinden.

Nach einer nachträglichen besonderen Würdigung dieser Verhandlungen und Ergebnisse des Reichswirtschaftsrats wird man in der Öffentlichkeit vergebens suchen. Die bürgerliche Presse und deren Hintermänner sind anscheinend davon vollständig zufriedengestellt, oder dürfen, weil der Presseökonomie Sinnes wahrheitsgemäß nichts davon wissen will, nicht mehr darauf eingehen. Und die Arbeiterpresse dürfte wohl mit uns der Meinung sein, daß bei dieser Art Bekämpfung des Reichswirtschaftsrats für die Arbeiterschaft nicht viel herauskommt. Wenn wir uns die in dieser wichtigen Frage auftauchende gekommene Entschließung näher ansehen, so finden wir darin teils platte Selbstverständlichkeiten, teils Ausweichungen ganz besonderer Art. Besonders auffällig ist die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zur Sozialisierungsfrage. Die Behauptung, daß eine nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erdennende Stehlenwirtschaft eine genaue Kenntnis und Ein-

sicht der Bergarbeiter und Angehörigen in die Bergbauverhältnisse zur dringenden Notwendigkeit mache, ist einfach Anstun. In Wirklichkeit erfordert die Sozialisierung nur die Kenntnis und Einsicht jedes Arbeiters oder Angehörigen in die Notwendigkeit der richtigen Verwertung seiner eignen Arbeitskraft oder Leistungsfähigkeit, und zwar an dem Maße, für den er sich körperlich, technisch oder geistig am besten eignet. Jeder Arbeiter braucht bloß die Gewißheit, daß seine Arbeitsleistung nicht mehr der privatkapitalistischen Ausbeutung unterliegt und nur noch der Allgemeinheit, und damit auch ihm selbst zugute kommt. Dann wird sich der Produktionsprozeß auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage in allen Wirtschaftszweigen ohne jede Zwang vollziehen. Der Kohlenarbeiter will und kann nicht Bergwerkseigentum sein und der letztere braucht nicht Stehlenarbeiter zu sein. Aber beide werden ihr Bestes hergeben, wenn sie wissen, daß sie gleichberechtigte Faktoren und nicht mehr nur Ausbeutungsobjekte im Arbeitsprozeß sind. Wenn es wahr wäre, was in der Entschließung des Reichswirtschaftsrats über die Voraussetzungen einer Sozialisierung gesagt wird, dann wäre an eine solche überhaupt nie zu denken. Es handelt sich hier um das gleiche Manöver wie bei der Voraussetzung der internationalen Regelung der Arbeiterfrage. Wenn die deutsche Arbeiterschaft hätte warten wollen, bis auf internationaler Grundlage eine Regelung der Arbeitszeit durchgeführt wird, dann könnte sie noch lange auf den Abstimmentag warten. Und es muß leider gesagt werden, daß der Reichswirtschaftsrat in der vorliegenden wichtigen Frage, wo er tatsächlich die beste Gelegenheit gehabt hätte, zu zeigen, daß er gewillt und fähig ist, die deutsche Volkswirtschaft neu aufzubauen und aus dem Simpel der privatkapitalistischen Ausbeutung herauszuführen, kläglich versagt hat. Es wurden viele schöne Reden gehalten, aber deren Endresultat trägt den Stempel der Halbheit und der Ohnmacht. Die großen Hoffnungen, die viele Sozialpolitiker auf dieses Wirtschaftsparlament gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Es kreierte der Berg und gebar ein Mäuselein! Demgegenüber ist es begreiflich, daß die Bergarbeiter einen wesentlichen ändern Standpunkt in diesen Fragen einnehmen. Sie fordern die sofortige Sozialisierung, weil sie wohl gewillt sind, im Interesse des gesamten deutschen Volkes freiwillig alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Erfüllung des Abkommens von Spa zu ermöglichen, keineswegs aber damit einverstanden sind, daß an diesen Mehrleistungen die privaten Grubenbesitzer sich auch fernerhin noch besonders bereichern. Infolgedessen ist aus dieser ursprünglich politischen Angelegenheit als letzte und einzige Rettung nur noch das Grundproblem aller wirtschaftlichen Neugestaltung, die Sozialisierung, übrig geblieben. Die Bergarbeiter verlangen vom ersten bis zum letzten Mann die Beseitigung des Besitztums in der Bergbau. Und heute steht die Sache so, daß, wenn man die Bergarbeiter an ihrer Arbeitsleistung interessieren und der Kohlenförderung einen mächtigen Antrieb geben will, dann der Bergbau ungelöst sozialisiert werden muß. Und die notwendige Erweiterung der Bergarbeiterleistung erfordert die Beseitigung der privatkapitalistischen Preistreibererei auf dem Baumarkt. Das Siedlungsproblem ist im Zusammenhang mit der Kohlenfrage zu einer Lebensfrage für die gesamte deutsche Volkswirtschaft geworden. Die Sozialisierung der Bauwirtschaft und des Baugewerbes ergeben sich daraus mit unerlässlicher Notwendigkeit.

So kristallisiert sich aus der sogenannten Kunst des Möglichen, der Politik des Aus- wie Inlandes, die Kunst des Nötigen, d. h. die wirtschaftliche Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung der bisherigen Produktionsverhältnisse und der Vertragsverteilung heraus. Immer deutlicher tritt das Problem der Sozialisierung trotz aller politischen und privatkapitalistischen Winkelzüge als Baumkammer der Zukunft hervor. In Spa trat die deutsche Arbeiterschaft durch die Vertreter der Bergarbeiter als neue Weltmacht auf den Plan und hat die Politik der Gewalt zum ersten Male zur Nachgiebigkeit gebrängt. Der deutsche Reichswirtschaftsrat hat nicht den Mut gefunden, aus dieser Tatsache die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Er suchte für die privatkapitalistische Wirtschaftsform eine Salgenfrist zu gewinnen und hat sich damit wahrlich aus der weitestren Entwicklung der wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes zum größten Teil selbst ausgeschlossen; was nicht zuletzt auf seine recht eigenartige Zusammensetzung zurückzuführen sein dürfte. Demgegenüber weisen die Verhandlungen im deutschen Reichstag über das Abkommen von Spa, die internationale Arbeiterkongresse der letzten Zeit in Verbindung mit den neueren politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen in und um Deutschland auf eine deutlichere Merkmale dieser Entwicklung auf. Sie sind es wert, daß wir sie in einem weiteren Aufsatz über das Thema „Politik und Wirtschaft“ der Beurteilung unserer Leser unterstellen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Kr. Frankfurt a. M. Untere Bezirksversammlung am 15. Juli hätte mit Rücksicht auf die Lageordnung besser beschaut sein können. Nachdem der Gesangverein „Gutenberg“ den Wilmannsches Freiheitschor „Am Strom“ eindrucksvoll gesungen hatte, nahm die Versammlung einige geschäftliche Mitteilungen entgegen und erließ das Andenken zweier seit der letzten Versammlung verstorbenen ständigen Bezirksmitglieder. Nach einem Bericht der Anstellungs-Kommission für den zweiten Bezirksbeamten, der Stollge Oruncwald gab, wurde bekannt, daß sich drei Bewerber aus dem Bezirke gemeldet hatten; eine Besetzung traf zu spät ein. Auf Vorschlag der betreffenden



Kommission wurde beschloffen, die Stelle für den gesamten Gau auszuschreiben. Hierauf erhielt unser Verbandsvorsitzender Heiß, der anlässlich des Verbandstags der Hilfsarbeiter hier weilte, das Wort zu seinem Vortrag: „Unsere nächsten Aufgaben“. In großzügiger Weise gab nach kurzen einleitenden Worten der Referent der Versammlung ein Bild über die Neuorientierung für unsere Verbandspolitik, wie diese in Nürnberg durch Beschlüsse zum Ausdruck kam. Ein näheres Eingehen auf die Ausführungen an dieser Stelle dürfte sich mit Rücksicht auf die Berichterstattung über Nürnberg im „Starr.“ erübrigen. Zum Schluß bezeichnete Kollege Heiß es als Notwendigkeit im Interesse der Gesamtkollegenchaft, daß die Kollegen den Funktionären mehr Vertrauen entgegenbringen durch Mitarbeit jedes einzelnen. Reicher Beifall am Schluß der anerkennendsten Rede bewies, daß es Kollege Heiß verstand, die Zuhörer von Anfang bis zu Ende zu fesseln. Nach der Diskussion hierüber, die sich in sachlichen Bahnen bewegte, konnte der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung abtasteten. Ein Antrag, den Kollegen Böttcher (Stuttgart) zu einem Referat für eine der nächsten Versammlungen einzuladen, wurde abgelehnt. Nach kurzen Ausführungen unter „Verschiedenem“ wurde die Versammlung geschlossen.

**Goslar.** In der am 17. Juli abgehaltenen Monatsversammlung war der Bezirksvorsitzende Freutel (Hildesheim) als Gast anwesend, um über die in Nürnberg abgehaltene Generalversammlung zu berichten. Auf einzelne Punkte näher eingehend, schilderte Redner den Verlauf der Sitzungen und erntete damit den Dank der Kollegen. Nach Bekanntgabe des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Das diesjährige Johannisfest, das einen herrlichen Verlauf genommen, brachte einen Reingewinn von 206 Mk. Berichte aus den Kartellstellen und Erörterung einzelner Anfragen bildeten den Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** (Schriftgeherverein. — Halbjährliche Generalversammlung am 12. Juli.) Zum Vorstandsbericht, den Kollege Peters erstattete, ist zu bemerken, daß im verfloffenen Halbjahre neun Vorstandssitzungen und sieben Versammlungen stattfanden, die sich nahezu ausschließlich mit dem Reichstaxi und den verschiedenen Steuerungsfragen befaßten. Der Reichstaxi hat für Hamburg nicht das gebracht, was man von ihm erhoffte. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein gewisser Ausgleich geschaffen wurde, aber durch die hiesige Produktionsart, kleine Quantitäten usw., ist es den Gleisern nur durch aufreibende Tätigkeit möglich, einen annähernd ausreichenden Verdienst zu erzielen. Die letzte Steuerungsfrage, die uns der in Berlin gefällte Schiedsspruch brachte, wurde zwar angenommen, wiewohl man darin das letzte Mittel erblickte, auf friedlichem Wege mehr zu erreichen; aber durch den Steuerabzug, durch Erhöhung der Krankheitsbeiträge ist für den Arbeiter nichts übrig geblieben. Es ist gelungen, einem Teile der über Minimum entlohten Kollegen etwas mehr zuzuwenden, als im Schiedsspruch ausgesprochen, aber die Hilfsarbeiter haben besonders schlecht abgekommen. Was sich auch dadurch dokumentierte, daß fünf Hilfsarbeiter aus dem Verein austraten, weil sie angeblich die Beiträge nicht mehr zahlen können. Auch mit der Berichterstattung der Zentralkommission ist man absolut nicht zufrieden. Es kann nicht angehen, daß bei Verhandlungen, die unterbrochen werden, jedwede Verbindung nahezu drei Wochen abreißt. Den Kassenbericht gab Kollege Seidel, dem Entlastung erteilt wurde. Zum örtlichen Schiedsgericht wurden die Kollegen Peters und A. Wernert, für den Lehrlingsprüfungsausschuss die Kollegen Schröder und Seidel gewählt. Es wurde beschloffen, jugendliche Hilfsarbeiter unter 18 Jahren zum Beitragszweck der weiblichen Mitglieder aufzunehmen. Als Gäste konnten wir drei Berliner Kollegen, die auf einer Ferienreise Hamburg berührten, begrüßen. Ausführungen derselben über Berliner Verhältnisse zeigten uns, daß auch die Berliner Kollegen mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Mit einem Appell an die Versammlung, Einigkeit und Geschlossenheit zu bewahren und nicht nur in der Versammlung zu erscheinen, wenn Steuerungsfragen auf der Tagesordnung stehen, schloß unser Vorsitzender die leider schwach besuchte Versammlung.

**Leck (Schleswig-Holstein).** Am 6. Juni versammelten sich die Kollegen aus Niebüll, Wredstedt und Leck in Niebüll, um einen gemeinsamen Ortsverein zu gründen. Alles war einstimmig dafür. Der neue Ortsverein erhielt den Namen „Sutender Nord“. Die Kollegen von Wöha a. F. schlossen sich gleichfalls dem Verein an, so daß er 22 Mitglieder zählt. — Am 27. Juni veranstaltete der neugegründete Verein eine wohlbesungene Johannistfeier. — Allmonatlich, und zwar am letzten Sonntag vor dem Ersten jeden Monats, findet eine Versammlung statt, in der auch die Beiträge (50 Pf. wöchentlich für den Ortsverein) entrichtet werden.

**Mainz.** In der Bezirksversammlung am 21. Juli fand eine kurze Aussprache über die Generalversammlungsbeschlüsse statt, indem die Versammlung mit den gefassten Beschlüssen im allgemeinen ihr Einverständnis bekundete. Bei der Stellungnahme zur Tarifberatung wurde von einer Stellung von Spezialanträgen Abstand genommen und die Willensmeinung der Versammlung in nachstehender Resolution niedergelegt: „Die Gehilfenchaft des Bezirks Mainz nahm Stellung zur Kündigung des Tariffs und ersucht den Ausb. bzw. Umbau der selbständigen Tarifgemeinschaft — unter Berücksichtigung der Schaefferschen Vorkläge — als eine unbedingte Notwendigkeit; ferner Beschließung eines der Zeit entprechenden Grundlohns sowie Erhaltung einer dem großen Arbeitseinsatzere Rechnung tragenden Beihilfskasse, einseitig für Seher und Brucker; Befreiung von den derzeitlichen Verhältnissen entsprechen-

den Vorklägen sowie Verringerung der Vorklägeklassen auf sechs Klassen resp. in: 0, 5, 10, 15, 20 und 25 Proz.; Verkürzung der Arbeitszeit resp. tarifliche Festlegung des freien Sonnabendnachmittags; Aufnahme des Betriebsrätegesetzes in verbesserter Form in den Tarif; Ablehnung des Organisationsvertrags; Ausbau der Sonderbestimmungen der Sparten unter Berücksichtigung der massenhaften Entlohnung; allgemeine Angliederung der tariflichen Arbeiternachweise an die bestehenden städtischen Arbeiternachweise.“ Troßdem die Mainzer Prinzipalkität in ihrer letzten Versammlung den Beschluß faßte, die ab 1. Mai 1920 gültige Beihilfsordnung nicht anzuerkennen (obgleich die Beihilfe bisher nach den Sätzen der Beihilfsordnung, mit ganz geringen Ausnahmen, bezahlt wurden) und demzufolge auch prinzipalseitig die Wahl zum Bezirkslehrlingsausschuss nicht gestattet wurde, wählte unsere Versammlung ihre Vertreter zum Bezirkslehrlingsausschuss, um das tarifliche Prinzip hochzuhalten. Der Punkt „Kartellbericht“ löste eine rege Debatte aus, bei der die Ernährungsfrage im Vordergrund stand. Mit der Umstellung eines Gewerkschaftssekretärs und der damit verbundenen Beitragserhöhung für das Kartell erklärte sich die Versammlung im Prinzip einverstanden. Den Schluß der Versammlung bildeten einige örtliche Angelegenheiten.

**Bad Reichenhall.** Am 18. Juli hielt der Ortsverein Reichenhall eine Versammlung in Freilassung ab, um mit den auswärtigen Kollegen Fühlung zu nehmen. In der nach Regensburg entlassener Kollege S. Ziegler erstattete ein peinlich genaues Referat über den bayerischen Gau. Es fanden sich 13 Kollegen aus Reichenhall ein, auch Laufen, Freilassung und Berchtesgaden waren vertreten. Infolge der schlechten Zugverbindung sah man von einer Diskussion ab. Der Vorsitzende des Ortsvereins Reichenhall dankte dem Referenten für seine fast zweistündige musterhafte Berichterstattung und schloß die Versammlung mit dem Wunsche, die vorerst ungelösten Orte bald definitiv zu unserm Bezirke zählen zu dürfen.

**F. Stuttgart.** Am 7. Juli fand im „Gewerkschaftshaus“ eine maßgebende Mitgliederversammlung statt, die den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung entgegennahm. Die Kollegen Kanfer und Schröder erstatteten denselben, wobei die wichtigeren Beratungen und Beschlüsse eingehend behandelt wurden. In der Diskussion wurde der oppositionelle Standpunkt, wie er auf der Generalversammlung zum Ausdruck kam, ausführlich erläutert. Der Mitgliedbeitragsbeitrag wurde durch einstimmigen Beschluß von 10 auf 20 Pf. erhöht, hauptsächlich mit Rücksicht auf die starke Erhöhung des Kartellbeitrags. Debatte Klagen wurden über den Preiswucher geführt, der mit Obst, Gemüse und andern Lebensmitteln getrieben wird, die durch die gute Ernte in reichen Maße vorhanden, durch die ungerechtfertigte Verteuerung aber den Minderbemittelten unerschwinglich sind. Von den Gewerkschaften wurde energisches Eingreifen gegen die Preisstreiber gefordert, desgleichen auch Entzinsen für eine Herabsetzung des Steuerabzugs, der den Kollegen angesichts der in vielen Geschäften (von bestehenden Kurzarbeit infolge Arbeitsmangels schwere Sorgen macht. Der vorgelegte Zeit halber beschloß die Versammlung, die weitere Debatte über die Generalversammlung auf eine zweite Versammlung zu verschieben, in der auch ein Referat des Kollegen Böttcher über den Industrieverband entgegengenommen werden solle. — Diese fand sodann am 19. Juli in der „Arbeiterhalle“ statt unter Beteiligung von etwa 250 Kollegen. Nach „Geschäftlichen Mitteilungen“ des Kollegen Schröder entließ sich Kollege Böttcher in formvollendetem Vortrage seiner Aufgabe. Er schilderte Zweck und Ziele, Aufbau und Wirkfamkeit der auf der Basis der Betriebsräte lebenden Industrieverbände und forderte auch für das gesamte graphische Gewerbe die Schaffung eines solchen. In der Debatte kam im allgemeinen Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck, dessen Sachlichkeit hervorgehoben wurde. Gegen seine Schlussfolgerungen wehrten sich aber einige Redner. Eine weitere Besprechung der Verbandsgeneralversammlung wurde nicht gewünscht. Ein oppositioneller Antrag, der die Haltung der Stuttgarter Delegierten verurteilte, wurde dadurch gegenstandslos. Der Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde auf die nächste Versammlung verschoben.

**Weinböhla.** Der alte Ortsverein Weinböhla war durch den Krieg und was danach folgte ins Rossen gekommen. Der Besuch der Versammlungen in Melchn gestaltete sich durch die Verkehrserschwerungen so, daß darüber keine Besprechung aufkommen konnte. Deshalb wurde der Wunsch rege, wieder zu einem Ortsverein in fester Form zu gelangen. Am 8. Juli fanden sich dann acht Kollegen zusammen und schritten nach Erwägung der obwaltenden Umstände zur Neugründung des Ortsvereins Weinböhla. Man ging auch gleich das Statut des alten Vereins durch und stellte fest, wo Änderungen eintreten müßten. Weiter war die erfreuliche Mitteilung entgegenzunehmen, daß etwa 25 Mk. als Bestand vom alten Vereine vorhanden sind sowie einige Bücher und Bestenverzeichnisse. Die hier wohnenden, aber außerhalb konditionierenden Kollegen sollen zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Man wird nicht nur ein ergiebiger Arbeitsfeld hier vorfinden, sondern hofft auch recht kollegiale Stunden durch die Vereinsgründung bereiten zu können. Zum Vorsitzenden wurde Kollege W. Roth, Viktoriastraße 9, und zum Kassierer Kollege A. Müller, Melanckthonsstraße 29 I., gewählt.

**Wiesbaden (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.)** Die am 26. April abgehaltene Versammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit der Rauchlösen Broschüre, ferner wurde über die Herstellung einwandfreier Kopierdruckmaschinen Wissenswerkes vermittel-

Am 14. Juni wurde der August-Gleichapparat besprochen und am 20. Juni die elektro-technischen Anlagen des städtischen Fuhrparks besichtigt. — Am 11. Juli erstattete in Biebrich Kollege A. Lös (Mainz) Bericht über den Maschinenmeisterkongress in Nürnberg. Die Versammlung zeigte sich mit der dort geleisteten Arbeit zufrieden — bis auf die Beitragserhöhung. Obwohl wir schon längere Zeit die Beiträge auf 20 Pf. wöchentlich erhöht haben, empfinden wir diese Belastung als zu groß. Alle Veranlassungen waren gut beachtet, doch müssen sich im Hinblick auf die geleisteten Ziele alle Kollegen noch reger an der Spartenarbeit beteiligen.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Helmslose Buchdrucker!** Bis jetzt sind beim Tarifamt gemeldet: sechs Seher, ein Seher und Stereoskopier, ein Flachdrucker, ein Flachdrucker und Refraktionsdrucker. Sämtliche Gehilfen nehmen an jedem Orte Stellung an. Die Prinzipalkität wird gebeten, sich dieser Gehilfen anzunehmen und offene Stellen dem Tarifamt baldigt zu melden.

**Offene Stelle für Schwerkrriegsbeschädigten Buchdrucker.** Nach Magdeburg wird durch familiäre Vermittlung ein Schwerkrriegsbeschädigter als Korrektor gesucht. Der Bewerber muß ausgebildete Praxis im Korrekturlesen für Zeitung und Abzüge nachweisen. Die Vermittlung erfolgt nur durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

**Meisterprüfung.** Vor der zuständigen Prüfungskommission in Magdeburg legte Kollege Frh Meyer aus Kösbe (Altmark) die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

**Zur wirtschaftlichen Lage der Redakteure.** In Kattowitz und Königsbrunn ist in den Redaktionen der im Einwohnungsverlag erscheinenden Zeitungen („Kattowitzer Zeitung“, „Oberhiesche Morgenzeitung“ und „Königsbrunner Tageblatt“) ein regelrechter Redakteurstreit ausgebrochen, nachdem die Forderungen der Redakteure vom Verlag als unerfüllbar zurückgewiesen worden waren. Der Verlag versucht, den Redaktionsbetrieb mit dem kaufmännischen Personal notdürftig aufrechtzuerhalten. Wie tief die wirtschaftliche Lage der Redakteure der hiesigen Presse gesunken ist, kennzeichnete kürzlich der „Wagmar!“ (Aussprache und Mitteilungsblatt für die Mitarbeiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden) in folgender drastischer Weise: „In einer Redaktion konnte ein Schriftsteller nicht zum Wienst erscheinen, da er die einzige Soße, die ihm verblieben war, durchgeessen hatte und er dieselbe erst zum Frühstück geben mußte. Dabei hat sich aber der Anspruch vieler Verleger auf vollständige Abkündigung ihrer Angestellten nicht vermindert. Es ist ein Jammer, daß das Publikum über die wahre Lage der Redakteure durchaus im Dunkeln gehalten wird. Was für Gelichter würden viele Leute machen, wenn ihnen einmal klarer Wein über die Gehaltsverhältnisse eingeschenkt würde! Viele Redakteure mühten bisher hungern und schweigen (sie leben bis in die letzte Zeit nur von Idealen diese Armen!)“ Und die „Deutsche Presse“, das Organ der hiesigen Redakteure, schreibt zum gleichen Thema: „Wenn Redakteure ihre Gehaltsbesüge mit denen vergleichen, die Handel und Industrie und künstlich Reich und Staaten ihren Beamten und Angestellten gewähren, von den Kommunalverbänden gar nicht zu reden, dann muß sie nur ein Gefühl von Scham befallen. Wenn keine Besserung der Verhältnisse eintritt, so werden die Redakteure unweigerlich in eine Arbeits- und Kampfgemeinschaft mit den Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten und der Buchdrucker und Seher gedrängt. Ein großer Teil Berufsgelehrten, und nicht zuletzt die leitungsabfälligen, hat dem bisherigen Berufs, der ihnen den notwendigen Lebensunterhalt nicht gewährt und sie dem Elend preisgibt, bereits den Rücken gekehrt.“ Da muß man sich nur wundern, daß in der hiesigen Presse fast durchweg noch so wenig Verständnis für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu finden ist.

**Großindustrielle Antikammerung der öffentlichen Meinung.** Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht in Nr. 375 vom 11. d. M. unter der Überschrift „Neue Zeitungspläne“ folgende Mitteilung über großkapitalistische Konzentrationsbestrebungen der „Rechtspresse“ in Süddeutschland: „Vor einiger Zeit haben in Stuttgart Besprechungen zwischen bekannten Zeitungsverlegern wegen der Gründung einer großen rechtsstehenden Zeitung stattgefunden. Auch Simmes soll daran beteiligt gewesen sein. Die Sache war bereits so weit gediehen, daß man an bestimmte Personen um Mitwirkung bei der Sache herantrot und auch schon den Chefredakteur bestimmt hatte. Nach dieser für Württemberg einigemmaßen sensationell wirkenden Mitteilung war es einige Wochen ruhig geblieben. Jetzt kann die deutschdemokratische „Süddeutsche Abendzeitung“ folgende ergänzende Mitteilungen machen: „Vor einiger Zeit ging die Nachricht von einem Zeitungskauf durch Simmes in Stuttgart durch die Presse. Wie wir dazu erfahren, war zuerst an einen Kaufmann des „Schwäbischen Merkur“ gedacht. Es handelt sich nun aber um die Gründung einer neuen Zeitung großen Stils als Konkurrenzunternehmung gegen die „Frankfurter Zeitung“. Eine der Hauptquellen ist Heideberg. Die Maschinen sollen bereits vorhanden sein, es fehlt aber noch an Papier. Zu diesem Zwecke soll eine Papierfabrik auf gekauft werden. Die Zeitung soll antisemitischen Charakter tragen. Der als Chefredakteur in Aussicht genommene frühere Hauptkassierer des „Stuttgarter Neuen Tageblatts“, Ernst Steil, zur Zeit Syndikus

des Östlinger Industrieverbandes, hat allershalber abgelehnt. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form sich diese Projekte verwirklichen werden. Aber man sieht, wie die reaktionäre Großindustrie mit den ungeheuren Geldern, die sie im Krieg aufgehäuft und auch während der verhängnisvollen Revolution zu mehren verstanden hat, völlig planmäßig die Bearbeitung der öffentlichen Meinung weiterorganisiert."

**Offene Stelle für Arbeitervertreter.** Die gewerkschaftlichen Ortsausschüsse Gießen und Wehlar suchen zum baldigen Eintritt einen Sekretär für ihr Bezirkssekretariat. Bewerbungen mit entsprechenden Befähigungsnachweisen sind an Joseph Maier in Gießen, Walltorstraße 8, zu richten.

**Betrogene Auswanderer.** Im "Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" (Nr. 32) wird in eindringlicher Weise vor unbesonnenen Auswanderung gewarnt. Es wird darauf hingewiesen, daß leider viele deutsche Arbeiter durch sogenannte Auswanderungsvereinigungen, durch schöne Verpöndungen verlockt, ihr Hab und Gut verkaufen, um schließlich einleben zu müssen, daß ihre Hoffnungen umsonst waren und sie nur in noch größerem Elend als vorher geraten sind. Dringend gewarnt wird vor einem brasilianischen Agenten namens José Tomaco, der über 300 auswanderungswilligen Arbeitern große Summen abgenommen hat und jetzt hinfällig verschwunden ist. Auch vor einem gewissen Emil Weichert wird größte Vorsicht empfohlen, da dieser ähnliche dunkle Auswanderungsgeschäfte treibt. — In gleicher Weise warnte in den letzten Tagen der Volkskommissar Tischlerlein der Sowjetrepublik vor wilden Auswanderungen nach Rußland, indem er folgendes bekanntgab: „Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp, bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverschämte Personen ausgetreuten Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Rußland abreisen können, wird hierdurch bekanntgegeben, daß Transporte mit Auswanderern, ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowjetregierung und ohne die erforderlichen Papiere in die Abfahrt aus Deutschland unternommen werden, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen. Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden nur unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der angekommenen Auswanderer, die in Unkenntnis der Einreisebedingungen sich zur Fahrt verließen, die jedoch unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.“

**Auszahlungen der Kriegsvericherung der „Volksfürsorge“.** Nachdem der Termin zur Einlösung der erforderlichen Papiere am 17. Juni 1920 abgelaufen ist, können nunmehr die Auszahlungen aus dem Kriegsgeheimfonds beguteten. Es steht aus diesem Fonds 481 980 Mk. zur Verfügung. 6162 Eierbestände sind gemeldet worden, für die insgesamt 10 774 Anteilscheine gelöst wurden. Die somit auf jeden Anteilschein entfallende und zur Auszahlung gelangende Summe beträgt — auf volle Mark nach oben abgerundet — 43 Mk. An alle diejenigen, die ihre Ansprüche unter Vorlage der Papiere rechtzeitig der „Volksfürsorge“ gemeldet haben, wird die Aufforderung gerichtet, die in ihrem Besitze befindlichen

Anteilscheine an das Hauptbüro der „Volksfürsorge“, Hamburg 5, Beim Strohhause 38, I., einzuliefern und die jegliche genaue Adresse auf dem Anteilschein selbst anzugeben. An diese Adressen wird die „Volksfürsorge“ von Hamburg aus direkt die Beträge zur Einlösung bringen. Im Interesse einer konzentrierten Abwicklung der Angelegenheit ist es erwünscht, daß diesem Aufrufe sofort entsprochen wird.

**Neuregierung der Lazarettbezüge.** Nach dem neuen Reichsvorsorgengesetze haben die Kriegesbeschädigten jetzt einen Rechtsanspruch auf Selbstbehandlung. Der Eröffnung der Renten ist nun auch die Neuregierung der Bezüge der Lazarettinsassen gefolgt. Hiernach erhalten die Lazarettinsassen während der Anstaltspflege neben freier Selbstbehandlung, freier Verpflegung und freier Unterkunft ein Salobengeld, das sich je nach der Ortsklasse zwischen 4 Mk. und 5,40 Mk. bewegt. Bei Beurlaubungen aus der Anstaltspflege zur Förderung der Selbstbehandlung wird ein Salobengeld zwischen 9 Mk. und 12,20 Mk. gewährt. Bei der Lazarettinsassen Angehörige, deren Erträgnis geringer ist, so erhalten diese ein Hausgeld, welches je nach der Ortsklasse ihres Wohnorts 52,71 Mk. bis 71,19 Mk. wöchentlich beträgt und sich für jedes Kind um eine Kinderzulage von 7,91 Mk. bis 10,64 Mk. wöchentlich erhöht. Wird bei der späteren Rentenfestsetzung eine Ausgleichszulage bewilligt, so wird dieses Hausgeld mit Rücksichtung um 25 bis 50 Proz. erhöht. Beim endgültigen Ausscheiden aus der Anstaltspflege erhalten die Lazarettinsassen eine Übergangszulage zwischen 150 Mk. und 550 Mk. Ferner erhalten sie bis zum Ablauf des auf die Entlassung folgenden Monats ohne Rücksicht auf den Grad ihrer Erwerbsfähigkeit eine Übergangszulage in Höhe der Vollrente nach Ausgleichszulage, also je nach der Ortsklasse zwischen 429,75 Mk. und 580,25 Mk. monatlich. Diese Übergangszulage erhöht sich für die gleiche Zeit für jedes Kind je nach der Ortsklasse um 42,98 Mk. bis 58,03 Mk. monatlich. In Fällen besonderer Art tritt noch die soziale Kriegesbeschädigtenfürsorge ein. Endlich ist noch vorgesehen, daß diejenigen Lazarettinsassen, die seit 1. April 1919 einen Entlassungsantrag nicht erhalten haben, von Lazarett nunmehr bald einen Zivilantrag gestellt bekommen sollen.

**Allgemeine Arbeitspflicht in Bulgarien.** Nach einem neuen Gesetze sind alle Bulgaren, die Männer mit dem 20. und die Frauen mit dem 18. Lebensjahre, verpflichtet, zu arbeiten; das heißt, für den Staat Arbeit zu leisten. Sie werden in allen Gebieten des wirtschaftlichen Auf- und Neubaus in Anspruch genommen, zum Bau von Verkehrslinien, Kanälen, Eisenbahnen und zu deren Inbetriebnahme. Sie werden in gleicher Weise herangezogen werden zum Bau der staatlichen und kommunalen Gebäude, in den Bergwerken, in den Werkstätten und in den Fabriken. Die Dienstleistung wird durch eine eigene geschaffene „Generaldirektion der Arbeit“ kontrolliert werden. Ein jeder Bulgare ist persönlich zu dieser Arbeitsleistung verpflichtet und darf einen Lehmann nur stellen, wenn er krank ist oder wenn er im Gendarmeriekorps Dienste leistet; die Frauen, wenn sie verheiratet sind. Kein Bulgare darf eine fremde Staatsangehörigkeit annehmen oder auswandern, bevor er seiner Dienstpflicht nicht Genüge getan hat. Die Männer müssen 16, die Frauen zehn Monate Dienst tun. Davon sollen die ersten drei Monate der fachlichen Ausbildung dienen.

**Briefkasten**

**A. B. in W.** Um für die Zukunft den Briefen eine richtige Wohnung zu geben, machen wir die Aufmerksamkeit auf das, was in der letzten Nummer des Briefkastens zu lesen ist. Die Briefe werden deshalb die Einlösung vollständig neu geschrieben und erforderlich kurz gehalten. Tann darf die Einlösung auch nicht über zwei Wochen nach Abhaltung einer Versammlung erfolgen. Spätestens nach zehn Tagen müssen Briefe eingegangen sein. — **P. S. in W.** Wird mit anderen bezüglichen Sachen zusammengebracht werden: Briefeinstellungstermin bald. — **W. M. in W.** Um so verspätete Einlösung wird nicht wieder aufgenommen; innerhalb zehn Tagen muß ein Bericht bei der Redaktion sein. Als neuer kleiner Orientierung mag das dort noch nicht bekannt sein, deswegen wird diesmal eine Ausnahme gemacht. — **A. B. in W.** Einmalig zugewandt. Einige Änderungen liegen im Interesse der Briefe selbst; der Schluss z. B. würde in der jetzigen Fassung noch dem zuvor Gelegenen ganz merkwürdig anmuten. — **G. S. in W.** Jedem falls schon in nächster Nummer. — **A. B. in W.** Im Hinblick auf jeden Brief wird an die angegebenen Adressen verandt. — **S. D. in W.** Es werden zufrieden sein mit demnach erfolgreicher Verwendung. — **O. S. in W.** Die Zusammenführung der Mitgliedschaft durch den Ortsrat in der Art ist nicht bekannt, ist absolut nicht gleichgültig mit einer Genehmigung des Ortsrats. Das wäre die Genehmigung eines Genjurats! Das kann es nicht geben. Der Vorsitzende hat aber vor Einlösung an die Redaktion den Inhalt der Versammlungsberichte zu prüfen und zu genehmigen. Man darf das nicht zusammenwerfen. — **M. O. in W.** Größt! Ich bald gebracht werden. — **A. B. in W.** Wünschen viel Glück und Erfolg auf dem so benachbarten Gebiet! — **A. S. in W.** Mitteilungen dankend entgegengenommen; wenn bis 17. früh 8 Uhr gänglich über wichtige weitere Vorgänge dieser Art hier sein könnte, würde zweckmäßige Berücksichtigung gleich stattfinden. — **A. D. in W.** Soll demnach mitgebracht werden. — **W. O. in W.** 4,40 Mk.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissostraße 511.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

**Bezirk Kassel (O.S.).** (Delegiertenwahl zum Gau) abgegeben 185 Stimmen. Davon erhielten die Kollegen: Mat (Kasseler) 182, Bogler (Kasseler) 168, Zhi (Raffort) 152, Misch (Kasseler) 138, Gündel (Kasseler) 128, Wegener (Kasseler) 128, Mojca (Kasseler) 121, Kowatz (Kasseler) 104. Verbleibend 4 Stimmen. Die gesperrten Namen sind als Vertreter, die Kollegen Orndel und Wegener als Stellvertreter gewählt.

**Adressenänderungen**

**Grünberg i. Schl.** Vorsitzender: Fridolin Bockel, Berliner Straße 93.  
**Wetzlar.** (O.S.) Vorsitzender: Joseph Schöner; Kassierer: Hermann Dreißhöf, Geschäftsstelle Hofstraße 24 I.  
**Geis i. Weßl.** Vorsitzender: Heinrich Waidhoff, Jakobstraße 63.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse)  
**Im Gau Thüringen der Seher Wilhelm Fehling,** geb. in Schlemmin (Meckl.) 1894, ausgl. in Althow (Meckl.) 1913; war noch nicht Mitglied. — **Emil Prol in Weimar,** Berufskassierer z. a. **Im Gau Westpreußen der Drucker Viktor Reuter,** geb. in Laugen (Schw.) 1895, ausgl. in Wilmshof 1916; war Mitglied des Schweizerischen Typographenbundes. — **Arthur Kühner** in Danzig, Wilschberg 15.

**Versammlungskalender**

**Dresden.** Versammlung Donnerstag, den 19. August, abends 6 1/2 Uhr, im „Volksheim“, Albinstraße 2.  
**Offen.** Versammlung im Arbeiterklub am Sonntag, den 14. August, abends 7 1/2 Uhr, bei Karl Becker, Ecke Mühlentor und Reilingshäuser Straße.  
**Stettin.** Bezirksversammlung am Sonntag, den 15. August, mittags 1 1/2 Uhr, im Vereinslokal Langenbach in Stettin, Wilhelmstraße.  
**Zwickau.** Versammlung heute Sonntag, den 14. August, abends 8 Uhr, im „Goldenen Seher“.

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer...“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt „Neuwacht“ 2/19: „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Dutzende von Zuschriften in unserm System, zum großen Teil von Gebildeten, sehr viel sind wenige darunter.“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es — doch nicht nur als Durchschnit, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Oelberger! — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2,10 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochene Laut der Sprache geschrieben wird, teilschlich 4mal schneller als in Gemeinschrift, wie auf der Schreibmaschine; in 2 oder 3 Ausfertigungen auf einmal. Karl Scheithauer Verlag, Postfach 52 073, Leipzig-Lindenau.

**Maschinenfeger**  
(Typograph U. B.) mit guten Maschinenkenntnissen für sofort in dauernde Stellung gesucht.  
„Sieghart“ G. m. b. H., Behndorf (Eleg).  
Jünger, Schreibamer  
**Alkzidenzfeger**  
Sucht Stellung, Gleich wohin! Angebote an Walter Wecht, Nichtenhanne (Ga.), Wilhelmstraße 89.

**Linotypesetzer**  
mit anderthalbjähriger Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine bestens vertraut, sucht sofort oder 15. September Stellung; am liebsten in Niederösterreich. Off. Offerten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 916 erbeten.

**Linotypesetzer**  
Koller Seher, perfekter Maschinenkennner (alle Modelle) sucht zum 1. September dauernde Stellung. Angebote unter P. C. 100 postlag. Wierßen (Rhld.). [933]

**Aufforderung**  
Am 1. Oktober wird das Korrekturenausstellungsmaterial von der „Bayer“ mit Zustimmung des Korrekturenorgans dem Buchgewerbeverein in Leipzig für seine Sammlungen übergeben. Alle Ansprüche an den Ausstellungsmaterial müssen bis Ende September geltend gemacht werden, und zwar beim derzeitigen Sammlungsverwalter, dem Kollegen Bernhard Krauß, Leipzig-Ängel, Postdornowplatz 15. [934]  
Zentralkommission der Korrekturen.

**Maschinenband**  
Lebensqualität, liefern  
Bauer & Maill, Eifelstraße, Graf-Adolf-Straße 112. [603]

**Schnellpresse**  
41 : 56, bestens erhalten, sofort lieferbar, preiswert abzugeben. [887]  
Zieger & Maill, Düsseldorf.

**Zwei Typograph-Schreibmaschinen**  
wie neu erhalten, abzugeben. [907]  
Bauer & Maill, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112/2.

**Pernt Nationalstenographie!**  
Das einfachste, leichteste, schriftlichste und leicht erlernbare System. Kein Druck! Keine Hoch- u. Tiefstellung! Auskannst und preislichen Unterricht erteilt. [899]  
Arbeiterstenographenverband für Nationalstenographie.  
Fritz Ortmayr, Eberfeld, Schleimiger Straße 49.  
Richard Seher, Götze, Möhrenstraße 18.

**Leitfaden zum Aufbau der Zeitung**  
Schnellpresse u. Regel, geb. postl. 3,20 Mk. Eine Anleitung des Unterhaltens-Bogensultrere auf alle Papierarten, postl. 2,30 Mk. b. Voreindl. M. Raab, Stuttgart, Jöhennsollernstraße 9. Postfachkonto 156 12. [903]

**Typograph-Schreibmaschinen**  
Erfolichte usw. repariert schnellstens und sorgfältig.  
Haci Hermann, Leipzig-Görschewitz, Webermannstraße 27.  
Eingehungen an den „Korrekturen“ für die Zeitschriften-Verleger auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61323

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene **Volksfürsorge** Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft Hamburg 5.

**Werkzeuge für Seher Werkzeuge f. Drucker**  
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Kommit. 8 III (Mittelgeb.), Postfachkonto 53 430.

**Verbandsnadeln Graphische Werkzeuge**  
Werkzeugkasten verschiedener Typographischer u. Seherer Werkzeuge, alle neu, alle qualit. Kollege Max Baisl, Leipzig-Görschewitz, Papiermühlstr. 511. Preis, grat. u. franko.

**Tellzahlung**  
Photo-Apparate aller Art  
Photogr. Artikel  
Katalog kostenlos u. postfrei.  
Jandus & Co., Berlin P. 407  
Belle-Alliance-Str. 7-10.

**Kaufmännische Organisation**  
der Buchdrucker (in Buchführung, Preisberechnung, Besondere Fachlehrbücher im Graph. Verlag G. W. G. Leipzig, München 9, Rotenburgerstraße 1. — Katalog 50 Pf.

**Zigarillos** (das beste und billigste) empfehle zu 35, 40, 45 und 48 Mk. pro 100 Stück, desgleichen **Samburger Stumpen**, vorzüglichste Sorte, etwa 10 cm lang, 58 Mk. pro 100 St. (Gadenp. 70 St.). Ferner **Zigaretten** 22, 24, 28, bis 48 Mk. pro 100 Stück, nur an Privats zu verkaufen; bei 500 Stück franko. **Rauchtabak** in drei vorzüglichsten Sorten: Marke „König“ 24,50 Mk., „Beal“ 26,50 Mk., „Kaiser“ 29 Mk. pro 100 Stück, 5 Pfund franko! Viele Anerkennungsbriefe. Ein Versuch überzeugt! **Tabakverwand Domus**, 1833 Mühlenden, Schwandorfer Straße 63.

Am 10. August verschied plötzlich infolge Herzschlages der Schriftfeger [935]

**Erich Seyer**  
aus Plauß i. Th., im Alter von 32 Jahren.  
Sein lauterer Charakter und seine fleißige Arbeit in allen Verlagen der Kollegen hat sich ihm ein dauerndes Andenken. Er war ein von allen geachteter und beliebter Kollege.  
Er ruhe in Frieden!  
Der vereinte Mitarbeiter u. Ch. Oelsvergelsen, Typographische Vereinigung.